

stag**NATION Deutschland**

Fritz W. Peter, Anfang März '05

Sie zeigt sich in schöner Klarheit. Und Einheit. Vereint in Stagnation ergraut die Nation, der Standort, unaufhörlich. Da allen Sehenden bekannt, wäre dies keine Meldung wert, wenn nicht ein weiterer Beleg hinzugefügt würde. Doch bevor dieser weitere Beleg aufgeführt wird, soll eines klargestellt werden. Es liegt nicht am Fehlen einer Vision! Unser Land hat seit Jahrzehnten eine klare, unveränderte Vision: Die maximale Absicherung des Erreichten für möglichst jeden – und wenn's eng wird, dann sollen wenigstens diejenigen abgesichert sein, die auf der Butterseite sind, also z.B. die (noch-)Arbeitsplatzbesitzer.

Kaum ein Land ist so klar und eindeutig ausgerichtet – mit einem Grundmotiv und Zielkonsens ausgestattet – wie das unserige. Am fehlenden Zielbezug liegt es also nicht, dass der Standort krankt. Auch ist ja gegen das Streben nach Sicherheiten im Leben nichts einzuwenden, im Gegenteil, es ist eine der Bedingungen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens. Was dem Betrachter auffallen sollte, ist aber Folgendes: Je *maximaler* dieses Land sich und seine Menschen absichern wollte, desto *minimaler* scheint es fähig, auch künftig noch für ein einkömmliches, abzusicherndes Leben der Bürger zu sorgen. Je mehr die Politik den Unwägbarkeiten und Ungerechtigkeiten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens auf den Leib zu rücken versuchte, je mehr Staat sich breit machte, desto ratloser und kraftloser steht diese Politik jetzt vor den sich auf-türmenden strukturellen Problemen der sozialen Sicherung. Und weitgehend konzept- und tatenlos steht das gewählte politische Management vor den Wirtschaftsproblemen dieses Landes, das heißt den Existenzproblemen der betroffenen Bürger. Am liebsten würde man den Zustand nur verwalten. Und so gern hätte man nach ein bisschen Reform nun erstmal eine fast zweijährige Pause bis zur nächsten Wahl eingelegt.

Der Beleg, von dem die Rede sein soll, ist die Gesprächsrunde „Sabine Christiansen“ vom 6.3.05. Wegen einer Wette im privaten Freundeskreis, dass ich es schaffen würde, die Sendung als Hörer durchzustehen, war ich genötigt zuzuschauen. Angereichert war die Gesprächsrunde immerhin durch den Managementtrainer Reinhard K. Sprenger, von dem nicht nur Seichtes und Vorgekautes erwartet werden konnte. Gedämpft wurden die Erwartungen jedoch sogleich angesichts des Aufgebots von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – vertreten waren die Herren Hundt und Sommer, deren Ansichten

wir doch schon zu oft hören mussten. Wie ähnlich sich diese beiden doch sind, nach Aussehen und fehlender Intellektualität! Wären nicht analytischere Köpfe, die das notwendige Neue, eine sich tief reformierende Gesellschaft, überhaupt denken wollen und können, die geeigneteren Gesprächsteilnehmer?

Die anwesenden Politiker waren dazu leider ebenfalls nicht zu gewinnen. Vielmehr ging es angestrengt um die Frage, ob man dem Kanzler Briefe schreibt oder ihn vertraulich anruft. Mit ihrem ganzen Charme, der fast zum Auslöser wurde, dass ich meine Wette verloren hätte, verbiss sich auch Frau Künast in dieses wesentliche Thema. Auf diese Weise verging ein Viertel der Zeit. Sodann war das Antidiskriminierungsgesetz an der Reihe. Unsere rotgrüne Regierung hatte einmal mehr die Gelegenheit nicht auslassen wollen, bei ihrem Gesetzentwurf auf die EU-Vorgabe kräftig draufzusatteln. Wirtschaft und Gesellschaft droht damit eine weitere Verregelung: Ein Knebelwerk, das Unternehmen allen Anlass gibt, Einstellungsgespräche nur noch im Beisein von Juristen zu führen. Entstehende Standortnachteile sind freilich für Frau Künast kein Gesichtspunkt. Die halbwegs geschlossene Front ihrer Gegner in dieser Diskussionsrunde (deutlicher Einspruch von CDU- und Arbeitgeberseite, vorsichtiger Einspruch von SPD- und Arbeitnehmerseite) beeindruckte die grüne Vorkämpferin überhaupt nicht. Der *sachdienliche* Hinweis Sprengers, dass eine Politik der staatlich betriebenen Verregelung aller Lebensbereiche im Bürgerbewusstsein als „Gehirnverseuchung“ wirken muss, erreichte diese unsere Ministerin erst gar nicht – in ihrer grünen Denkwelt.

Sodann tauschte man kurz das Pro und Contra zum Thema Eigenheimzulage aus. Die Argumente sind zwar bekannt, aber dienten hier immerhin dem weiteren Zeitvertreib. Ein Versuch des Saarländers Peter Müller, zum Thema zurückzukehren, wurde eiligst gebremst, denn er brachte den Vorschlag ins Spiel, mehr tarifliche Befugnisse an die betrieblichen Partner – Firmenleitung und Betriebsräte – zu übertragen, um damit trotz fortbestehender Regelungserfordernisse den Unternehmen mehr Flexibilität zu ermöglichen. Das Duo Hundt-Sommer, flankiert vom rotgrünen Lager, ließ nichts anbrennen. So blieb auch dieser Ansatz zur Erörterung des Themas „Weniger Bürokratie – mehr Jobs“ direkt wieder stecken. Als das Gespräch in dieser Weise weiter dahinplätscherte, entsann sich Fr. Christiansen des Herrn Sprenger. Ein Input musste her. Der kam auch. Und da sich die Sendezeit bereits dem Ende näherte, kam dieser Input recht gebündelt. Sprenger warf das pfui-Wort von der „Politikerkaste“ in die Runde und verwies auf die Bremswirkung, die der damit angesprochene Verhaltenskomplex auf dieses Land hat.

Am meisten brüskiert fühlte sich bei diesem Vorwurf der saarländische Ministerpräsident, obwohl seine Partei doch für den Abbau von „zuviel Staat“ streitet, statt für das ständige Wachstum der Staatsfunktionen, dem einzigen verbliebenen Wachstum in unserem Land. Unser Land – oder ist es inzwischen das Land jener Kaste?

Nachzutragen ist aus dem Gesprächsritual vom Sonntagabend, dass sich die Politiker und Verbandsvertreter darin einig waren, dass die Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann, nur die Arbeitgeber. Tatsächlich macht es aber einen himmelweiten Unterschied für die Entwicklung der Beschäftigung in diesem Land, ob De-Industrialisierungspolitik betrieben wird, ungebremste Regelungswut und, statt die Gesetzgebung auszulichten, eine ständig größer werdende Gesetzesflut das Bild bestimmt, oder aber ob ein nachhaltig entgegen gesetzter Politikansatz gilt, der den Bürgern und Betrieben Handlungsmöglichkeiten und Vertrauen in hier vorhandene Potenziale zurückgibt, womit sich eine Dynamik wieder einstellen kann, durch die der Niedergang gestoppt wird. Mit der Aussage, dass die Politik keine Arbeitsplätze schaffen könne, will man offenbar vorsorglich eigene Mitverantwortung ausblenden.

So ist die Ernte aus dieser Diskussionsrunde mehr als mager. Sie spiegelt mehr das allgemeine Bild, als dass sie einen Kontrapunkt setzt oder einen Ansatz liefert. Stagnation bei den Gesprächsinhalten, den Gesprächsformen und bei der Auswahl der meisten der Gesprächsteilnehmer. Anstöße kamen allenfalls von außen, hier von dem Selfmademan Reinhard Sprenger. Er war in dieser Runde das fünfte Rad am Wagen, das einzige, das lief, zu laufen bereit war.

Bereit zum Absitzen der nächsten Sendung werde ich wohl nicht sein, aber einen gedanklichen Anstoß nehme ich aus der geschilderten Sitzung doch mit, die Überlegung nämlich, dass ich mich für das Antidiskriminierungsgesetz eventuell sogar begeistern könnte, wenn die Tatbestände der „Gehirnverseuchung“ und der „politischen Fehlorientierung“ mit aufgenommen und – nach Verabschiedung des Gesetzes – rigoros bekämpft würden.

P.S.

Ein Freund schrieb mir nach der Lektüre: „Auch für die ‚letzte‘ Christiansen-Sendung (vom 13.3.) lässt sich unterstreichen, was Du festgestellt hast: Immer nur Talkshow-Establishment, keine neuen Denkansätze. Leider viel verschenkte Sendezeit. (...)“